

Bürgerengagement als Voraussetzung einer inklusiven Gesellschaft.
Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Politik, Verwaltung und NGOs.

Fachtagung
Die UN Konvention für Menschen mit Behinderungen
Fachlicher Austausch zwischen Schlesien und Nordrhein-Westfalen

Workshop 5

Wilfried Theißen
Fachbereich Bürgerengagement beim Paritätischen NRW

Das Bürgerengagement nimmt in einer inklusiven Gesellschaft in allen Engagementfeldern eine wichtige Rolle ein. Einerseits geht es um die solidarische Zivilgesellschaft und die Notwendigkeit des gegenseitigen Sorgens und Helfens also des Zustands der Zivilgesellschaft schlechthin. Eine zentrale Aufgabe und Chance des Bürgerengagement liegt jedoch auch in der Kommunikation auf Augenhöhe und somit der Überwindung von Barrieren im Umgang miteinander. Im Kern geht es jedoch auch um die Frage, welche Weichen gestellt werden müssen, damit Menschen mit Behinderung selbst für andere ehrenamtlich tätig werden bzw. werden können.

Rahmenbedingungen für Bürgerengagement

Eine der Säulen der Zivilgesellschaft ist das Bürgerengagement. Die Förderung dieses Engagement ist eine wichtige Aufgabe auf der Landesebene und der kommunalen Ebene. Alle Untersuchungen der letzten Jahre zeigen: Der Bürger ist zur Stelle – aber nicht auf Befehl ! Bürgerengagement braucht Freiraum, Unterstützung, Partizipation und Gestaltungsmöglichkeiten. Hier liegt die Verantwortung einerseits bei Politik und Verwaltung was die

Infrastruktur angeht, andererseits aber auch bei den Organisationen was die Rahmenbedingungen für das konkrete Engagement angeht.

Im Wesentlichen unterscheiden wir heute folgende Formen von Bürgerengagement:

- Freiwilliges Engagement als partikulare Betätigung
- Selbsthilfe
- Bürgerschaftliches Engagement
- Zivilgesellschaftliches Engagement

Traditionell

Dem "traditionellen" Ehrenamt werden tendenziell eher altruistische Motive wie Hilfsbereitschaft, der Wille zur Mitverantwortung, Glaube oder moralische Verpflichtung zugeschrieben. Es zeichnet sich dadurch aus, dass es in sozialen oder weltanschaulichen Milieus verwurzelt ist und seine personellen Ressourcen langfristig und verbindlich einer Organisation zur Verfügung stellt.

Neues Ehrenamt

Dem "neuen Ehrenamt" werden eher egoistische Motive zugeordnet. Der Engagierte will stärker in seiner persönlichen und/oder beruflichen Kompetenz gefragt werden. Das Engagement zeichnet sich darüber hinaus dadurch aus, dass es sich nicht über einen längeren Zeitraum an eine Organisation binden will, sondern eher begrenzte, zeitlich befristete Ressourcen für Tätigkeiten zur Verfügung stellt, die den Engagierten aktuell interessieren und die ein positives Image haben.

Infrastruktur und deren Förderung

- Infrastrukturförderung ist sinnvoll, wenn sie fachlichen Konzepten folgt (Bsp: Kontaktstellen)
- Infrastrukturen müssen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgerichtet sein
- Infrastrukturen benötigen dauerhafte Absicherung
- Infrastrukturpolitik schafft erst die Voraussetzungen für Engagement
- Projektförderung zur Initiierung von Modellprogrammen

Organisationale Rahmenbedingungen:

Information

Befragungen haben aufgezeigt, dass sich viele engagieren würden, jedoch nicht wissen wo Engagement möglich ist. Daher ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Faktor für Organisationen die auf der Suche nach Engagierten sind.

Beteiligung und Partizipation

Engagierte wollen Partizipation und Gestaltungsmöglichkeiten. Der demografische Wandel verändert die Art des Engagements. Jüngere Engagierte fordern deutlich mehr Mitbestimmung ein, engagieren sich zeitlich begrenzter und achten stärker auf die individuelle Verwirklichung und die Verwertbarkeit der Erfahrungen.

Aufgabenbeschreibungen

Bei der Ansprache von Engagierten und Interessenten sind konkrete Aufgabenbeschreibungen hilfreich. So können Enttäuschungen vermieden werden und die Engagierten können die Aufgaben mit ihren eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten abgleichen.

Zeitraumen

Ein klarer zeitlicher Rahmen verhindert bei den Engagierten Überforderungen und gibt der Organisation gleichzeitig die Möglichkeit der Planung.

Klärung von Kompetenzen und Zuständigkeiten

Engagierte wollen Mitgestaltung und Partizipation, gleichzeitig werden aber auch klare Strukturen gefordert, die jedem aufzeigen welche Kompetenzen und Zuständigkeiten eingeräumt werden. So können Konflikte und Grenzüberschreitungen vermieden werden.

Strukturierung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt

In größeren Organisationen, die auch über hauptamtliche Mitarbeiter verfügen, muss die Zusammenarbeit klar strukturiert werden. Insbesondere im Sinn der Zuständigkeiten und Kompetenzen muss eine klare Abgrenzung stattfinden.

Aufwandsersatz

Engagierte sollten die Aufwendungen (Fahrtkosten, Telefon, Porto, Weiterbildungen,...) die ihnen für das Engagement entstehen, erstattet bekommen. Den Organisationen müssen hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung stehen.

Versicherung

Entstehen durch das Engagement Risiken, sollten die Engagierten entsprechend versichert sein. Dies gilt auch für die Organisation, wenn durch den Einsatz von Engagierten Haftungsrisiken entstehen.

Anerkennungskultur

Am besten finden Anerkennung als ein unmittelbar im Alltag ausgesprochenes „Danke!“

Statt. Außerdem sollten strukturierte Formen für alle entwickelt werden (Geburtstagskarten, Urkunden, Nachweise, Zeugnisse, Ehrenamtsfeste, etc.) Anerkennung ist einer der zentralen Faktoren für die Bindung an die Organisation.

Inklusion und Bürgerengagement

Das Thema Inklusion im bürgerschaftlichen Engagement ist ein noch junges Thema, aber es zeigt sich zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Aktionsplan NRW inklusiv, dass bürgerschaftliches Engagement eine Chance für Inklusion ist.

Eine zentrale Forderung ist die Beteiligung aller Gruppen, ob wie zum Beispiel in NRW die Erarbeitung eines Aktionsplans inklusiv, der über alle Politikbereiche hinweg immer wieder das Querschnittsthema Inklusiv beachtet oder wie in Baden-Württemberg die Erstellung eines Landesbehindertenplans im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention das Ziel ist. Der Diskurs mit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen als auch mit Fachkräften aus der Behindertenhilfe sollte immer geführt werden.

Eine zentrale Frage ist bei der weiteren Entwicklung, ob, wie, wo und warum freiwillige, unbezahlte Tätigkeit die Teilhabe von Menschen mit Behinderung fördern kann. Der diskursive Ansatz ist in diesem Zusammenhang durch die Heterogenität der Gruppe eine doppelte Herausforderung.

Die Annahme, dass bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag zur Inklusion leistet, ist grundsätzlich immer noch umstritten. Insbesondere von Behindertenverbänden wird nach wie vor zu Recht vertreten, dass die rechtliche und strukturelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Vordergrund stehen. „Erst Gleichstellung und Barrierefreiheit, dann bürgerschaftliches Engagement“, so könnte man dieses Argument zusammenfassen.

Diese Rahmenbedingungen sind zum Beispiel in der Forderung nach einer Assistenz oder dem behindertengerechten Umbau des PKW im Zusammenhang mit der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements zu sehen.

Werden seitens der Politik Fragestellungen nur „von oben“ vorgegeben, die dann „von unten“ – also von den Betroffenen – diskutiert werden sollen, wird von vornherein eine asymmetrische Situation erzeugt. Auch die Gegenüberstellung „Menschen mit und ohne Behinderung“ wird immer wieder zu Recht kritisiert, weil mit ihr zwei Gruppen konstruiert würden, die die UN-Charta so nicht vorgebe. Insgesamt wird jedoch die Beteiligung als Fortschritt anerkannt.

Teilhabe durch Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement ist vor allem im Sozialraum zu sehen. Dabei findet vor allem das Konzept des „Lebens und Zusammenlebens aller in der Gemeinde“ immer mehr Zustimmung. Hier geht es um die Teilhabe als Bürger mit und ohne Behinderung. Der Sozialraum wird hier als Entwicklungsraum einer teilhabeorientierten aktiven Gesellschaft gesehen.

Wir sehen in den letzten Jahren ein erheblich gestiegenes Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen von Menschen mit Behinderung. In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung nach einer breiten Beteiligung der „Basis“ nicht nur an der Entwicklung, sondern vor allem auch an der Umsetzung laut. Das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung, das ja auch Thema der allgemeinen Engagementdebatte ist, spielt jetzt auch im Kontext von Inklusion und Engagement eine zunehmende Rolle.

Bei einer Umfrage der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) NRW unter den Freiwilligenagenturen in NRW, bei der das Interesse am Thema Inklusion und Engagement abgefragt wurde stellte sich heraus, dass sowohl das Engagementfeld „Behindertenhilfe“ stark nachgefragt war, als auch das zunehmend von Menschen mit einer Behinderung Engagemtmöglichkeiten nachgefragt werden. Die Freiwilligenagenturen können eine wichtige Rolle übernehmen das Thema Ehrenamt stärker inklusiv auszurichten.. Dabei geht es u. a. um den Versuch, die Ansprache von Menschen mit Behinderungen systematisch zu entwickeln bzw. zu professionalisieren. Die

zentralen Fragen sind: „Was muss Beratung leisten?“, „Brauchen Menschen mit Behinderung überhaupt eine spezifische Ansprache?“, „Mit welchen lokalen Partnern sollte man sinnvollerweise kooperieren?“

Infrastruktur im lokalen Raum muss „fit“ zu gemacht werden für das Engagement von Menschen mit Behinderung. Dazu müssten die klassischen Strukturen der Behindertenhilfe mit der Engagement-Infrastruktur (z. B. Freiwilligenagenturen) zusammengebracht werden, was nur gelingen kann, wenn es zum Wissensaustausch zwischen Akteuren aus beiden Bereichen kommt.

Organisationen sollten ihre Engagementstrukturen und ihr Selbstverständnis dahin gehend überprüfen, ob die eingerichtet sind für engagementbereite Menschen mit Behinderungen. Diese sind bislang eher auf das Engagement für Menschen mit Behinderung (von Menschen ohne Behinderung) ausgerichtet. Ein wirksames Mittel, um eine Bewusstseinsänderung zu erreichen, kann z. B. die Beteiligung von Menschen mit Behinderung an Kongressen und anderen öffentlichen Veranstaltungen sein.

Zentral scheint jedoch die Einsicht zu sein, dass es bislang noch keine gesicherte Erkenntnis darüber zu geben scheint, wie Inklusion und bürgerschaftliches Engagement tatsächlich systematisch oder strategisch zusammengedacht werden können. Als Faktum steht aber die Tatsache im Raum, dass sich Menschen mit Behinderung bürgerschaftlich engagieren wollen, woraus eben die inklusiv motivierte Frage nach den geeigneten Bedingungen dafür resultiert.

Grundsätzlich sollten Engagementangebote möglichst genau auf die Interessen und Fähigkeiten der Engagierten zugeschnitten sein. Dies gilt umso mehr für alle Engagementfelder die auch Menschen mit Behinderung als Engagierte sehen.

Durch die Förderung der täglichen Begegnung werden die herkömmlichen Wahrnehmungsmuster gegenüber Behinderten aufgebrochen. Hier spielen auch die Eltern von behinderten Kindern eine wichtige Rolle. Diese Begegnungen haben auch große Bedeutung für die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Zu betonen ist die Notwendigkeit eines Perspektivwechsels, bei dem es darauf ankommt, Menschen mit Behinderung mit ihren besonderen Fähigkeiten als Helfende wahrzunehmen. Also weg von der Defizitorientierung, hin zu einer Wahrnehmung der individuellen Stärken.

Engagementfreundliche Politik ist kein Ausfallbürge für die Unterfinanzierung sozialer Dienste. Mittel- und langfristig kann das bürgerschaftliche Engagement nur durch eine gleichzeitige hauptamtliche Struktur nachhaltig gestärkt werden. Wenn dies gelingt, dann

- Stärkt Bürgerengagement Verantwortung: „Kultur der Mitverantwortung“
- Entwickeln sich verlässliche Rahmenbedingungen
- Entwickelt sich mehr individuelle Teilhabe durch Mitverantwortung
- Unterstützen auch Unternehmen das Bürgerengagement
- Entsteht ein breites zivilgesellschaftliches Netzwerk

- Wird die Transparenz in der Zivil- und Bürgergesellschaft erhöht

Diese Ziele zeigen auf, das Bürgerengagement und Mitgestaltung in erster Linie politisch gewollt und gefördert werden müssen.